

Pressekonferenz

Thema:

Österreichs Gemeinden in der demographischen Falle

Teilnehmer:

Bgm. Helmut MÖDLHAMMER

(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Bgm. Mag. Ernst SCHÖPF

(Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes)

Ort:

Ort: Hotel Kitzhof, Kaminraum
Schwarzseestraße 8-10, 6370 Kitzbühel

Termin:

9. Juni 2011

10.00 Uhr

Der Österreichische Gemeindebund bedankt sich für Ihr Kommen!

Österreichs Gemeinden in der demographischen Falle

Demographische Entwicklung stellt heimische Gemeinden vor gewaltige Herausforderungen

Schon im Jahr 2008 waren die demographische Entwicklung und deren Folgen für die Gemeinden zentrales Thema des Gemeindebund-Think-Tanks der Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee. „Wir haben damals einen Stein ins Rollen gebracht und dieses sperrige Thema in die öffentliche Diskussion. Als Frank Schirrmacher, Autor des Bestsellers „Das Methusalem-Komplott“ sehr plastisch erklärt hat, wie dramatisch sich die Demographie entwickeln wird, wollten das viele noch nicht glauben“, so Mödlhammer. „Heute haben wir beinharte Fakten zur Kenntnis zu nehmen, die radikale Reformen und dringend nötige Maßnahmen – auch für die Gemeinden – nach sich ziehen.“

Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2050 (Hauptszenario)

Jahr	Insgesamt	Bevölkerungsstruktur			Bevölkerungsbewegung		
		Alter (in Jahren)			Geburten	Sterbefälle	Wander-ungssaldo
		bis 14	15 bis 59	60 u. m.			
absolut				absolut			
2006	8,281.948	1,303.907	5,161.048	1,816.993	77.914	74.295	27.477
2007	8,311.899	1,285.540	5,178.059	1,848.300	76.438	74.488	24.002
2008	8,337.606	1,267.534	5,188.303	1,881.769	76.292	74.675	23.862
2009	8,365.401	1,251.438	5,201.983	1,911.980	76.278	74.914	28.717
2010	8,395.315	1,238.399	5,217.708	1,939.208	76.440	75.219	28.540
2015	8,551.415	1,209.596	5,269.025	2,072.794	78.921	76.985	28.575
2020	8,689.447	1,213.914	5,195.195	2,280.338	80.464	77.864	22.881
2030	8,978.511	1,245.085	4,925.983	2,807.443	80.000	82.794	33.692
2040	9,280.413	1,246.402	4,975.007	3,059.004	79.682	88.690	36.833
2050	9,514.363	1,257.884	5,000.405	3,256.074	81.624	97.721	34.478

Steigende Lebenserwartung

Im Jahr 2030 wird fast ein Drittel der heimischen Bevölkerung über 60 Jahre alt sein, das ist ein Zuwachs um rund 55 Prozent im Vergleich zu heute. 6,1 Millionen unter 60jährigen Menschen werden mehr als 2,8 Millionen Menschen, die über 60 Jahre alt sind, gegenüber stehen. „Was dies allein fürs Pensionssystem bedeutet, kann sich jeder selbst ausrechnen“, so Mödlhammer. Die Anzahl der über 80jährigen Menschen wird sogar um rund 73 Prozent zunehmen.

Die Folgen dieser Entwicklung sind für die Gemeinden elementar.

Alten- und Pflegebetreuung wachsen in ihrer Bedeutung

Erst kürzlich haben sich Bund, Länder und Gemeinden auf die Finanzierung der Pflege bis ins Jahr 2014 geeinigt. Bislang lag die Last der Pflegefinanzierung vorwiegend auf den Schultern der Gemeinden, nun gibt es bis 2014 rund 685 Mio. Euro an frischem Geld.

„Wer allerdings glaubt, dass wir damit das Pflege Thema lang-, oder auch nur mittelfristig erledigt haben, der irrt gewaltig“, warnt Mödlhammer. „Der Bedarf an Pflege- und Betreuungseinrichtungen wird in den kommenden Jahren brutal ansteigen“, weiß der Gemeindebund-Chef. „Man darf ja nie vergessen, dass rund 80 Prozent der Menschen immer noch in den eigenen vier Wänden gepflegt werden, meist durch die eigenen Angehörigen, die bei Bedarf durch Mitarbeiter/innen mobiler Dienste unterstützt werden. Nur 16 Prozent der Pflegebedürftigen werden stationär versorgt.“

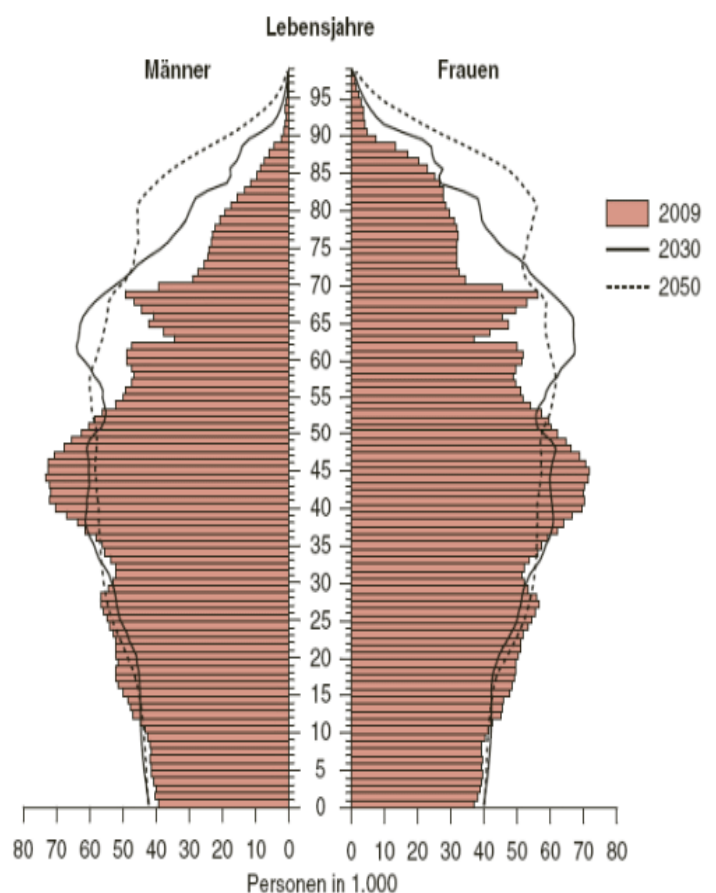
„Von der Kostenseite ist es eindeutig so, dass die Betreuung durch eigene Angehörige, bei Bedarf ergänzt durch mobile Dienste, am günstigsten ist“, ergänzt der Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, Bgm. Ernst Schöpf. „In den letzten Jahren beobachten wir aber eine sehr auffällige Entwicklung, nämlich, dass immer weniger Menschen dazu bereit sind die eigenen Eltern oder Angehörigen selbst zu pflegen. Einer von vielen Gründen dafür ist auch, dass in den meisten Bundesländern der Regress abgeschafft wurde und damit die Hemmschwelle gesunken ist, die eigenen Angehörigen in eine Pflegeeinrichtung zu geben“, so Schöpf. Allein in Niederösterreich habe dies einen Mehrbedarf von rund 1.000 Pflegebetten erfordert.

Ländliche Räume leiden unter demographischer Entwicklung

Die künftige Finanzierung der Pflege ist freilich nur ein Teil des Problems für die Gemeinden. „Wir haben es in vielen ländlichen Regionen natürlich auch mit einer starken Überalterung zu tun, die für die Gemeinden ebenso folgenswer ist“, so Mödlhammer. „Die Jungen ziehen weg, übrig bleiben oft nur die älteren Menschen, die wiederum eine ganz andere Infrastruktur benötigen, weil sie nicht so mobil sind. Die Errichtung von speziellen Wohneinheiten für Senioren, betreute Wohngemeinschaften und pflegegerechte Wohnungen werden für viele Gemeinden eine Zukunftsaufgabe sein“, so der Gemeindebund-Chef.

Gleichzeitig hat die drohende Überalterung auch Konsequenzen für das soziale Gefüge in einer Gemeinde. „Wir müssen sicherlich auch neue Wege in der Freiwilligenarbeit gehen“, glaubt Mödlhammer. „Die aktiven und fitten Senioren müssen wir ermuntern, damit sie in den Jahren nach dem Pensionsantritt noch für Freiwilligentätigkeiten zur Verfügung stehen. Gerade fitte Senioren sind auch gute Ansprechpartner und Helfer für Menschen, die körperlich nicht mehr in so gutem Zustand sind.“

Bevölkerungspyramide 2009, 2030 und 2050
(mittlere Variante)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Bevölkerungsprognose 2010. Erstellt am: 03.11.2010.

Passiv will Mödlhammer die Überalterung freilich nicht hinnehmen. „Es kann nicht das Ziel sein, dass die ländlichen Räumen zu Altersregionen werden, in denen dauerhaft überwiegend Senioren leben. Auf allen Ebenen der Politik haben wir auch die Verantwortung dafür, die Lebensräume so zu gestalten, dass sie für junge Menschen attraktiv bleiben.“ Die Bereitstellung der benötigten Infrastruktur sei daher für jede Gemeinde eine existentielle Frage. „Im Standortwettbewerb werden nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Familienpolitik jene Gemeinden erfolgreich sein, die die beste Infrastruktur anbieten“, so Mödlhammer und Schöpf unisono.

Rückläufige Geburtenzahlen verschärfen die Probleme

Verschärft wird die demographische Entwicklung zudem durch rückläufige Geburtenzahlen. „Obwohl die Gesamtbevölkerung bis ins Jahr 2050 um rund 1,5 Mio. Menschen steigen wird, wird der Anteil der unter 14jährigen von 1,3 auf 1,2 Mio. Menschen abnehmen“, weiß Mödlhammer. Dies lasse zwei wichtige Rückschlüsse zu: Zum einen müssen immer weniger arbeitende Menschen immer mehr Pensionisten erhalten, zum anderen ist Bevölkerungswachstum in den nächsten Jahrzehnten ausschließlich über Zuwanderung zu erreichen. „Daher werden uns die vielen Themenfelder der Integration noch über Jahrzehnte hinweg beschäftigen. Das ist nichts, was sich in den kommenden Jahren erschöpfend lösen lässt“, so Ernst Schöpf.

Familienfreundliches Klima schaffen

Enormen Aufholbedarf sieht Mödlhammer in vielen Ländern und Gemeinden bei der Familienfreundlichkeit. „Hier geht es nicht nur um Geld, sondern darum, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die für die Menschen flexibel und bedarfsgerecht verfügbar sind“, so Mödlhammer. „Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass mit Gießkannen-Förderungen nichts zu gewinnen ist. Wir müssen leidenschaftslos zur Kenntnis nehmen, dass viele Maßnahmen, die für Familien gedacht waren, nicht den gewünschten Effekt hatten.“

Nicht immer, so Mödlhammer, sei die Bereitschaft eine Familie zu gründen oder Kinder zu bekommen ausschließlich über direkte staatliche Zuwendungen steuerbar. „Es ist unsere Verpflichtung, genauer zuzuhören, was die Menschen brauchen und wollen, anstatt sie von der Bundesebene herab mit Leistungen zu überschütten, die viel Geld kosten, womöglich in dieser Form aber gar nicht gebraucht werden.“

Erschreckend, so der Gemeindebund-Chef, sei für ihn ein Vorfall der jüngeren Vergangenheit gewesen. „Da gab es eine große Umfrage unter jungen Menschen, bei der 80 Prozent der Frauen angegeben haben, dass sie ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr vorwiegend selbst betreuen wollen. Das ist eigentlich eine ziemlich klare Ansage. Die Reaktion der Bundespolitik darauf war am kommenden Tag sinngemäß: Die wissen ja nicht, was gut für sie ist, wir brauchen zehntausende neue Krippenplätze, weil die Frauen arbeiten gehen sollen, sonst betreuen sie das später.“ Dies, so Mödlhammer, sei ein typischer Fall folgenschwerer Ignoranz der politischen Ebene. „Da maßen sich viele an, darüber zu entscheiden, was für die Menschen gut oder schlecht ist, ungeachtet der Frage, was die Betroffenen selbst darüber denken.“

Die Forderungen der Gemeinden:

Im Namen der österreichischen Gemeinden stellen Mödlhammer und Schöpf nun einige Kernforderungen auf:

1. **Gerechter Finanzausgleich:** Die ländlichen Räume dürfen im Finanzausgleich nicht mehr benachteiligt werden. Derzeit ist bei der Zuteilung der Mittel durch den Finanzausgleich nicht jeder Bürger gleich viel wert. Die Regelung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels stammt aus der Nachkriegszeit, damit die weitaus stärker zerstörten Städte ihre Aufbauarbeit finanzieren konnten. Heute haben die ländlichen Gemeinden einen teils erheblich höheren Aufwand in der Finanzierung der Infrastruktur. Die Abgeltung der überregionalen Aufgaben, die Städte zu leisten haben, soll individuell geregelt werden.
2. **Aufgabenreform anpacken:** Seit Jahren mahnt der Österreichischen Gemeindebund eine Aufgabenreform ein. Ständig wird über eine Verwaltungsreform diskutiert, ohne darüber zu reden, welche Ebene für welche Aufgaben überhaupt zuständig sein soll. In der Kinderbetreuung reden derzeit 4 verschiedene Ministerien und 9 Bundesländer mit, in der Pflege ist es ähnlich. Sinnvoll ist: Klare Zuständigkeiten mit klarer Finanzierung. Die Gemeinden können die Kinderbetreuung zur Gänze alleine übernehmen, wenn sie jene Finanzmittel erhalten, die derzeit insgesamt für diesen Bereich ausgegeben werden.
3. **Bürokratie abbauen:** Nicht nur jeder Bürger, sondern auch jeder Bürgermeister wird Jahr für Jahr mit einer Flut an neuen Gesetzen und Vorschriften überschüttet. Die einfachsten Dinge bedürfen wochenlanger Vorbereitungen und Genehmigungen. Die Gemeinden sind hier nur vollziehende Organe, keine einzige bürokratische Hürde wurde von ihnen selbst geschaffen. Allein zur Beachtung und Vollziehung aller Bauvorschriften bedürfte es eines Experten in jeder Gemeinde. Die Gemeinden und die Bevölkerung fühlen sich oft gelähmt von überbordender Bürokratie und deren Hindernissen.
4. **Pflegefinanzierung dauerhaft sichern:** Die Finanzierung der Pflege bis ins Jahr 2014 war ein erster wichtiger Schritt. Nun sollten sofort Überlegungen und Verhandlungen darüber aufgenommen werden, wie man angesichts der bekannten demographischen Entwicklung die Pflege dauerhaft und nachhaltig sichern kann.
5. **Belastungsstopp ernst nehmen:** Im Zuge der Vereinbarung zum Stabilitätspakt haben sich die Länder dazu verpflichtet, die Gemeinden künftig mit einseitigen Belastungen zu verschonen. Diese Vereinbarung ist überaus ernst zu nehmen, die Gemeinden haben sich daher auch als einzige Gebietskörperschaften zu österreichweiten Nulldefiziten verpflichtet. „Keine neuen Schulden, nicht mehr ausgeben, als man einnimmt“ lautet das Credo der Kommunen. Die Gemeinden verlangen diese Art des Belastungsstopps daher auch vom Bund. Es kann keine neuen (Sozial)leistungen geben, solange nicht klar ist, wer sie finanzieren wird.
6. **Autonomie der Gemeinden stärken:** Die Entscheidungen sind wieder verstärkt auf jene Ebene zu bringen, auf der sie von den Menschen auch verstanden werden. Die Gemeinden sind die mit Abstand bürgernächsten Einheiten, sie genießen das höchste Vertrauen bei den Menschen. Überregulierung und ausufernde Gesetzes- und Bürokratieflut führen dazu, dass sich die Menschen von der Politik entfremden. Gemeindepolitik ist die direkteste Form von Bürgerbeteiligung. Entscheidungen sind vor Ort zu treffen, am besten direkt in den Gemeinden im Rahmen der Gemeindeautonomie.